

Bezugspreis:

Wochenzeitung, 10. - 12. monatlich 10. - 12. ...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die schmalsteilen Kompositionen ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 8. März 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Sie marschieren ein!

Abbruch der Verhandlungen.

Der neue Gegenvorschlag Dr. Simons' wurde von der Londoner Konferenz verworfen ...

London, 7. März. (Reuter.) Nach der Konferenz ...

Wir besprechen die Tragweite dieses Vorgehens an anderer Stelle ...

London, 7. März. (Deutscher Bericht.) In der heutigen Sitzung ...

Regelung für die ersten 5 Jahre

auf folgender Grundlage zuzustimmen: Feste Annuitäten in Höhe der Pariser Beschlüsse ...

eine Woche Frist

biten, um die Sache mit dem Kabinett zu besprechen.

Dr. Simons ging dann in längeren Ausführungen auf die Rede Lloyd Georges vom 3. März ein.

Lloyd George: Sie nehmen also die Pariser Beschlüsse für fünf Jahre an?

Simons bejahte.

Lloyd George: Und als Bedingung dafür stellen Sie das Verbleiben Oberschlesiens beim Reich?

Simons: Ja.

Lloyd George: Aber wenn Oberschlesien nicht beim Reich verbleibt?

Simons: Dann ist eine neue Situation geschaffen.

Lloyd George: Und soll die deutsche Endschuld erst nach den ersten fünf Jahren festgesetzt werden?

Simons: Nein, es sollen sofort Sachverständigenberatungen darüber stattfinden.

Lloyd George: Und ist keine Garantie für ein Minimum möglich?

Simons: Nein.

Die Sitzung endete mit der Erklärung Lloyd Georges, daß obwohl über die Antwort der Alliierten kein Zweifel bestehen könne, die Prüfung der sehr durchgearbeiteten deutschen Erklärung ...

die Antwort der Alliierten.

Die Alliierten seien leider gezwungen gewesen, da die deutschen Gegenvorschläge ungenügend seien, die Sanktionen in Kraft treten zu lassen.

London, 7. März. (W.Z.) In seinen Ausführungen hob Dr. Simons ...

1. Die Schutzfrage könne weder durch den Friedensvertrag noch durch Zwangsmaßnahmen entschieden werden.

den. Wir seien den Ereignissen noch zu nahe. Ob eine einzelne Nation ausschließlich schuldig an diesem Kriege erklärt werden könne ...

2. Die Zwangsmaßnahmen seien durch die Vorschriften des Friedensvertrages nicht gerechtfertigt.

3. Die Zwangsmaßnahmen ständen auch im Gegensatz zu dem Völkerbundsvertrag.

Foch — der Rest ist Unsinn.

Nach den letzten Meldungen hat die Entente ihre Drohung mit „Sanktionen“ bereits wahrzunehmen begonnen ...

Von den Zwangsmaßnahmen, die Lloyd George im Namen der Alliierten gegen Deutschland angekündigt hat, soll gesprochen werden.

Unter Nr. 1 der Strafbestimmungen findet sich eine Ankündigung, die glatt durchführbar ist; und die Herr Foch oder sein Beauftragter nach Lage der Verhältnisse durchzuführen wird.

Immerhin mit den Mitteln brutaler Unteroffizierstechnik kann ein Eingriff in unser wirtschaftliches Leben gemacht werden.

Sene Drohungen der Entente hingegen, die sich auf wirtschaftliche Repressalien beziehen, sind geradezu ein Gipfelpunkt politischer Unfähigkeit.

Nr. 2 der Drohungen verlangt, daß bei der Bezahlung aller Wareneinfäufe, die die Entente Staaten in Deutschland machen, ein gewisser Prozentsatz einbehalten wird.

Was bedeutet diese höchst verwickelte Prozedur? Sie ist ein versteckter Schutz Zoll; denn ob ich bei der Bezahlung einen Abzug für den Staat mache, oder ob ich diesen Entgelt bei dem Eintritt der fremden Ware in das eigene Land entrichte, das ist höchst gleichgültig.

Es handelt sich somit um eine Verteuerung des Preises der aus Deutschland einzuführenden Güter. Du dieser Eingangszoll von den Exporteuren aus Deutschland oder von den Importeuren der alliierten Länder getragen wird, das ist ausschließlich und allein von der Lage des Weltmarktes in Bezug auf diesen bestimmten Artikel bedingt.

dann entsteht die geradezu groteske Situation, daß die Alliierten ihre eigenen Konsumenten dafür mit einer Steuer belasten, daß sie sich gute und billige Waren aus Deutschland anschaffen.

Man wird zugeben müssen, daß die wirtschaftspolitische Notwendigkeit nicht höher getrieben werden kann.

Da nicht gut anzunehmen ist, daß man — in England wenigstens — solche Gedankengänge vollkommen außer acht läßt, so muß man annehmen, daß hier einer der wohl kalkulierten Tricks von Lloyd George vorliegt.

Schutz Zölle, die etwas bringen sollen, lasten aber stets und ständig und vor allem auf den breiten Massen; auf Arbeitern und Mittelstand in England; — die müßten denn auch in erster Reihe sich die Wirkung dieser Strafmaßnahmen und die weiteren Konsequenzen dieser Strafmaßnahmen klarzumachen suchen.

Die Bestimmung von 3a, b und c besagt, daß unsere westlichen Zollgrenzen gegen Frankreich von den Alliierten besetzt werden, und daß die hier einkommenden Beträge an Eingangszoll und Ausgangszoll in die Taschen der Alliierten fließen sollen.

Die Bestimmung von 3a, b und c besagt, daß unsere westlichen Zollgrenzen gegen Frankreich von den Alliierten besetzt werden, und daß die hier einkommenden Beträge an Eingangszoll und Ausgangszoll in die Taschen der Alliierten fließen sollen.

Die Bestimmung von 3a, b und c besagt, daß unsere westlichen Zollgrenzen gegen Frankreich von den Alliierten besetzt werden, und daß die hier einkommenden Beträge an Eingangszoll und Ausgangszoll in die Taschen der Alliierten fließen sollen.

Über die Entwicklung kann sich auch anders gestalten. Da wir exportieren müssen, so werden wir durch Unterbietung französische und englische Waren von den Märkten der neutralen Länder verdrängen; die Franzosen erhalten dann den Ausfuhrzoll nicht, und Franzosen und Engländer verlieren gleichzeitig ihre Stellung auf den neutralen Märkten oder ihre Stellung wird dort zum mindesten auf das äußerste eingeschränkt; — auch eine angenehme Wirkung.

Endlich sei eine Frage erlaubt: Was wird denn Italien für einen Vorteil von solchen Maßnahmen haben? Will man auch Italien an jenen Summen einen Anteil gewähren, die von Gütern, die wir nach Westen exportieren, eingehen sollen, und die nicht eingehen werden? Und mit welchem Schlüssel soll die Verteilung vor sich gehen? Dieses Problem bleibt offen.

Die Veranstaltung gleicht dem bekannten Messer, das keinen Griff hat und dem die Klinge fehlt.

Real bestehen bleibt eine Drohung, und die richtet sich in erster Reihe gegen die breiten Massen des arbeitenden Volkes in England und in Frankreich. Es scheint, daß man vor allem die englischen Massen in eine Schutzpolitik hineinzuspielen sucht.

Groß-Berlin

Der „Fall Burg“.

Die Fürstin-Bismarck-Schule in Charlottenburg soll, meint es, auch nach der Entscheidung des Ministeriums noch weiter zu einem „Kampfbild“ gemacht werden, und es entbehrt immerhin nicht eines gewissen Reizes, daß sich auch die deutsch-nationale Presse aus angetanem Hohn gegen das Ministerium haenisch für den jüdischen Direktor Burg ins Zeug legt.

Um so unverantwortlicher aber ist es, wenn man nun wieder durch den satism bekannten Protestrummel und durch eine geschickte inszenierte Stimmungsmache nachträglich auf das Ministerium einzuwirken versucht, um eine Abänderung der Entscheidung durchzudrücken. Diesem Treiben gegenüber muß es doch einmal klipp und klar ausgesprochen werden, daß die Amtsenthebung und Bersehung im Interesse des Dienstes nicht dasselbe sind, daß eine Bersehung sehr wohl auch dann noch geboten erscheinen kann, wenn das vorliegende Material für ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Amtsenthebung nicht als ausreichend erachtet wird.

Es dürfte nun endlich an der Zeit sein, der Schule die Möglichkeit friedlicher Arbeit wiederzugeben. Hierzu dürften aber „Kinderkreuzzüge“ ins Kultusministerium oder Elternversammlungen, wie sie am Freitag voriger Woche abgehalten wurden (Elternversammlungen, zu denen man den Schülerinnen (!) die Einladungen mit der Tagesordnung: „Der Fall Burg“ distriert), das denkbar ungeeignete Mittel sein.

Es erübrigt sich, noch hinzuzufügen, daß jene Versammlung selbst der Gegenpartei nicht einmal das Wort zu einer sachlichen Erwiderung gegeben hat.

Wir würden wünschen, daß man auf allen Seiten die Zwecklosigkeit und Schädlichkeit solcher Veranstaltungen einsehe. Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, denkt das Ministerium unter keinen Umständen daran, sich von seiner wohl begründeten Stellungnahme durch nachträgliche Proteste abbringen zu lassen und irgendeine der im Interesse der Schule getroffenen Maßnahmen aufzuheben.

Keine Schulgelderhöhung.

Besprechungen über eine allgemeine Schulksteuer.

Unter dem Vorsitz des Stadtvorordnetenvorstehers Dr. Benj. tagte gestern der Stadtvorordnetenausschuss zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die Erhöhung des Schulgeldes von 240 auf 300 M. pro Jahr an den Berliner Volksschulen (Gnzen, Gymnasien, Realschulen) und von 120 auf 300 Mark für die Real- und Mittelschulen für Mädchen.

Von dem Vorliegenden wurde ferner beantragt, den Magistrat zu ersuchen, der Berliner Stadtvorordnetensammlung baldigst eine Vorlage vorzulegen, wonach das Schulgeld im Sinne einer sozialen Staffelung erhoben werden soll. (In Hamburg ist eine derartige Staffelung, beginnend mit einem Einkommen von 15 000 M., schon eingeführt.) Der Magistrat soll ferner ersucht werden, darauf hinzuwirken, daß die zuständigen staatlichen Behörden eine allgemeine Schulksteuer einführen, wonach auch kinderlose Familien zu den Lasten für die Schule und Erziehung beizutragen verpflichtet würden.

Anreiz zu bieten, ihre Kinder in Privatschulen unterrichten zu lassen. Das Schulgeld soll dann nicht mehr durch die Schule bzw. von den Lehrern, sondern von der Steuerbehörde aus besonderen Erwägungen heraus eingezogen werden.

Wie werden wir satt?

Felicitas Dhans hielt in letzter Woche sehr anregende Vorträge über Brennstoffersparnis verbunden mit praktischen Kochvorführungen. „Wie werden wir satt?“, das ist ja die leidige Frage, die trotz Rot, trotz Teuerung in der Praxis gelöst werden muß. Die Kartoffel, die ernähren soll, muß mit Lust und Liebe gekocht sein, damit sie Wohlgeschmack bekommt. Die Rebnerin sprach ausführlich von der Todsünde der deutschen Küche, dem zu raschen Kochen. In Deutschland ist man meistens Gasopffocher und als solcher kocht man die Nährwerte fort. Durch praktische Kochvorführungen wurde dann demonstriert, daß man den Fisch in heißer Luft und sehr gut ohne Wasser kochen kann, wodurch sein Geschmack und sein Fett für unsere Ernährung gerettet werden.

Berlin und Rheinland.

Ueber das Thema „Das Rheinland in Geschichte und Gegenwart“ sprach Reichstagsabgeordneter Pfarrer Koresl in einer Versammlung von Rheinländern, die im Viktorbräu stattfand.

Der Redner verwies anfänglich auf die Verhandlungen in London und im Deutschen Reichstags und die große Bedeutung dieser Vorkänge für das Rheinland hin, das heute schon unter den mißlichen Regeln der Entente schwer zu leiden und noch viel stärkere Leiden zu erwarten habe, wenn die Drohungen unserer Gegner, dort weitere Gebiete besetzen zu wollen, zur Ausführung kommen sollten. Das Rheinland sei aber auf alles gefaßt und werde, wie stets in bedrängten Zeiten, so auch unter den jetzt obwaltenden Verhältnissen seine volle Treue zum deutschen Vaterlande bewahren.

Die Geschichte befunde, daß unser schönes Rheinland von jeher von unseren Feinden heimlich und die diesen Ruinen an dem eht deutschen Strom bilden stumme Zeugen dafür, was diese in ihrer Zerstörungswut hier angerichtet haben. Schon die Legionen des römischen Reiches haben die Rheinlande überschwemmt, sie mußten es zur Sicherheit ihres Reiches von anderen Teilen Deutschlands trennen, indem sie gewaltige Pfahlbauten errichteten. Das ist ihnen aber ebensowenig gelungen, als derartige Trennungsversuche späteren Feinden gelungen sind. Das Rheinland hat alle diese Versuche überstanden und auch die furchtbaren kriegerischen Ereignisse der französischen Revolution. Der einzige, der Aussicht hatte, sich die Sympathien der Rheinländer zu erwerben, war Napoleon, der es verstand, die Befreiung freibeitlich zu gestalten und durch eine glückliche Verteilung des Landes die Bevölkerung für sich zu gewinnen. Heute faunen die Franzosen über unsere hohen kulturellen Einrichtungen im Rheinland, über unsere wohlgepflegten Straßen und die vorherrschende Sauberkeit, und sie haben sich auch längst davon überzeugt, daß wir uns durch keine Vergewaltigung dazu bereit finden lassen, uns von dem Deutschen Reich zu trennen.

Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß die Rheinländer in Treue zum Reich halten werden und von den verantwortlichen Leitern des deutschen Volkes Standhaftigkeit erwarten. Die Resolution soll dem Reichstanzler überreicht werden.

Wer ist Vertreter der Erwerbslosen? Die Deputation für Arbeit und Gewerbe hat beschloffen, als Vertreter der Erwerbslosen der neuen Stadtgemeinde Berlin nur die Erwerbslosenräte anzuerkennen, die von Erwerbslosen innerhalb der einzelnen Gewerkschaften gewählt sind. Dieser Beschluß tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.

Zum Landgerichtsdirektor des Landgerichts I Berlin wurde Landgerichtsrat Dr. Hirschfeld aus Potsdam ernannt.

Ueber unpünktliche Lieferung des „Vorwärts“ erhalten wir seit einigen Tagen Beschwerden von einzelnen Abonnenten, die bisher

von den Ausgabestellen „Merkur“, Baruther Str. 4, und Reumann, Grünstr. 21, bedient werden. Wir bitten dringend alle Bezaher unseres Blattes, die von beiden genannten Ausgabestellen beliefert werden, uns möglichst umgehend ihre genaue Adresse anzugeben, damit wir in der Lage sind, den Beschwerden abzuwehren und für pünktlichere Lieferung Sorge tragen zu können. „Vorwärts“-Verlag G. m. b. H.

Die Vorträge über „Die materialistische Geschichtsauffassung“ des Genossen Prof. Dr. Konrad Schmidt beginnen am Donnerstag, den 10. März, abends von 7-8 in der Aula der Mädchenschule, Donaustraße 129 in Neukölln. Teilnehmerkarten à 6 M. sind beim Abteilungsleiter sowie im Sekretariat, Ragerstr. 63, zu haben. Des weiteren werden Anmeldungen an den Vortragsabenden entgegengenommen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Dienstag, den 8. März:

- 10. Ubr. 7 Uhr in Adlers Gefäßes, Kredt. 24. Mitgliederversammlung. Referent: Billig Rabus: „Deutschland und die Entente“.
101. Ubr. (Leopold), 7 1/2 Uhr bei Jabel, Riechholzstr. 18, Ecke Bouschstr. 33. Sitzung familiärer Funktionäre.
102. Ubr. (Rieberschänke), 7 1/2 Uhr bei Klingenberg, Grünauer Straße, Voranversammlung.
103. Ubr. (Friedrichshagen), 7 1/2 Uhr bei Scholz, Friedrichstr. 81, Abteilungsversammlung. Referent: Genosse Gerwin.
104. Ubr. (Rieberschänke), Brauhausweg 7 1/2 Uhr bei Feder, Kolonnenstr. 6. Referent Arthur Pächler: „Die wirtschaftlichen Folgen der Pariser Verhandlungen und die Frauen“.
Jungsozialisten. Gruppe Döberitz: 7 1/2 Uhr bei Schlenker, Simonsstraße 42, Regentstübchen. - Gruppe Kempthorn-Rixdorf: 7 1/2 Uhr bei Hoch, Marienb., Chausseest. 44. Mitgliederversammlung.

Morgen, Mittwoch, den 9. März, abends 7 Uhr:

Mitgliederversammlungen.

- 1. Ubr. Schulaula, Auguststr. 68. Referent Gustav Weibe: „Sozialdemokratie und Regierungsverhältnisse“.
2. und 4. Ubr. „Nationalhof“, Bülowstr. 57. Referent Gustav Seiler. M. d. L.: „Die politische Lage“.
3. Ubr. Schulaula, Ernst-Realschule, Belle-Alliance-Str. 88. Referent Viktor Schiff: „Auswärtige Politik“.
4. Ubr. Pagenhofer Bauerei, Fildischstr. 25. Referent Heinrich Bohler: „Einheitspolitik“.
5. Ubr. „Müller-Str.“, Müllerstr. 61. Referent Dr. Striemen: „Gewerkschaftliche Verhältnisse“.
6. Ubr. Adler Gefäßes, Riechholzstr. 20. Referent Genosse Gerwin.
7. Ubr. 8 1/2 Uhr in folgenden Lokalen: Stadtheide 79, 80 und 87 bei Walter, Gieselerstr. 11; Stadtheide 81 und 82 bei Ollger, Haderstr. 3; Stadtheide 83, 84, 85, 86, 87 und 88 bei Ollger, Riechholzstr. 3; Stadtheide 89, 90, 91 und 92 bei Ollger, Riechholzstr. 3; Stadtheide 93, 94 und 95 bei Frau, Rixdorfstr. 73.
8. Ubr. Schulaula, Rieberschänke, Ecke Bouschstr. Referent Gustav Seiler: „Parteilosigkeit - Parteipolitik“.
9. Ubr. Pöster, Curiostr. 11. Referent Alfred Thomas: „Die politische Lage“.
10. Ubr. Schulaula, Brangelstr. 128. Referent Paul Bogt: „Die politische Lage“.
11. Ubr. Giesing, Bouschholzstr. 26/28. Referent Wilhelm Kamradt: „Regierungsbildung“.
12. Ubr. Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15. Referent Robert Kendl: „Die Lehren der Parteitagewahlen und Regierungsbildung“.
13. Ubr. Schneider, Holzmarktstr. 65. Referent Dr. Kollmann: „Die Lehren der Parteitagewahlen“.
14. Ubr. 2. Bauwerkerschule, Androsstr. 1. Referent Dr. Galt: „Die Beschaffenheit und ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft in der inneren und äußeren Politik“.
15. Ubr. Schulaula, Bodenheidestr. 10. Referent Robert Trauer: „Die Lehren der Parteitagewahlen“.
16. Ubr. Schulaula, Hüttenstr. 12. Referent Genosse Landwehr: „Die Lehren der Parteitagewahlen“.
17. Ubr. Schulaula, Semmeringstr. 24. Referent Carl Lehmann: „Zweck und Nutzen der Parteitagewahlen“.
18. Ubr. Schulaula, Rieberschänke, Ecke Bouschstr. 4. Referent H. Schulz: „Die Entstehung Groß-Berlins und Verwaltungsbereich“.
19. Ubr. Müller Paradiesgarten, Dönhofsberger Allee 133 (Gangang durch Hof). Referent Karl Kitzler: „Die politische Lage“.
20. Ubr. Heinrichs Park, Große Frankfurter Str. 36. Referent Jakob Altmeppen: „Ausfall der Wahlen und Regierungsbildung in Preußen“.
21. Ubr. Schulaula, Pösterstr. 5. Referent Viktor Trauer: „Kulturkampf im neuen Landtag“.
22. Ubr. Schulaula, Christburger Str. 14. Referent Paul Galt: „Religion, Staat und Sozialismus“.
23. Ubr. „Müller-Str.“, Müllerstr. 61. Referent Genosse Genosse Weidmann: „Die politische Lage“.
24. Ubr. Wichmann, Weidenburger Str. 1. Referent v. Sorowod: „Dörigkeitschaft oder Volksschaft?“.
25. Ubr. Schulaula, Ruppiner Str. 48. Referent Franz Spilke: „Die politische Lage“.
26. Ubr. Schulaula, Schönhauser Allee 166. Referent Dr. Zschlik: „Auswärtige Politik“.
27. Ubr. Öffentliche Volksschule, Schulaula, Gensfeldstr. 6. Referent Carl Kitzler: „Was lehren uns die Parteitagewahlen?“.
28. Ubr. Schulaula, Pösterstr. 40/41. Referent Billig Seiring. M. d. L.: „Die Lehren der Parteitagewahlen“.
29. Ubr. Schulaula, Schindlerstr. 7. Referent Genosse Genosse: „Schindlerstr. 7“.
30. Ubr. Schulaula, Sonnenburger Str. 20. Referent Genosse M. Bernmann.

Stine Menschenkind.

II. Mütterchen. Von Martin Andersen Nexé.

Lars Peter schwieg verlegen und blinzelte nach der Lampe hin — so hatte er es nicht zu sehen vermocht, im unschuldigen Glanze des Märchenbuches. Für ihn formte es sich — etwas bössartig — so, als wäre er Sörine untreu gewesen.

„Ja, so ist es dann wohl,“ sagte er. „Aun fragt es sich, ob Mutter verzeihen kann!“

„Ach, Unsinn!“ erwiderte Stine. „Es ist nur gut, daß du dich nicht geschnitten hast!“

Lars Peter hob den Kopf und sah sie unsicher an. „Ja, es war doch ein Schwert zwischen euch gewesen — das ist immer so. Weil Prinzessinnen so vornehm sind, daß man sie nicht anrühren darf.“

„Soso — aha! Ja, wahrscheinlich.“ Lars Peter besann sich ein wenig, aber dann gefiel ihm die Erklärung, und er machte sie sich zu eigen. Man konnte sich ganz gut dabei beruhigen. „Ja, lebensgefährlich ist es sicher, mit einer Prinzessin zu tun zu haben, auch wenn man sich der Gefahr nicht bewußt ist,“ sagte er.

Lars Peter dachte nicht mehr daran, Sörine im Gefängnis aufzusuchen. Es wäre ja ganz schön gewesen, wenn man sie gesehen und ihr die Hand gedrückt hätte, wenn auch nur durch ein eisernes Gitter, aber es sollte nun einmal nicht so sein. Er mußte sich gebulden, bis die Jahre, die ihnen die Obrigkeit zugemessen hatte, verstrichen waren.

Für ihn bestand die Strafe darin, daß sie getrennt waren und ihr Leben in den kommenden Jahren nicht gemeinsam verbringen durften. Er hatte nicht genug Phantasie, sich in Sörines Dasein hinter den Gefängnismauern hineinzuversetzen und deshalb fiel es ihm schwer, sich in seinen Gedanken lange hintereinander mit ihr zu beschäftigen. Aber ganz unbewußt entbehrte er sie, und das machte ihn oft ganz krank.

Lars Peter war nicht mehr so eifrig bei der Arbeit — die vorwärtsstürmende Kraft fehlte. Es fiel ihm zu leicht, sich mit den Dingen abzufinden, wie sie waren. Und es war niemand da, der ihn hätte antreiben können durch Sticheleien, daß sie ärmlischer gestellt seien als andere. Stine war von

Ratur zu gut, sie eignete sich mehr dazu, selber die Bürden auf sich zu nehmen.

Auch stiller war er geworden und niedergedrückt. Er machte nicht mehr so viel Spaß mit den Kindern, und seine Stimme war weniger schmetternd. Man hörte ihn nicht singen, wenn er auf die Höfe gefahren kam, um zu handeln; er fühlte, daß man über ihn und seine Angelegenheiten sprach, und das nahm ihm seine Redheit. Am Resultat war es zu spüren, die Hausfrau und die Mägde lachten nicht mehr wie früher vergnügt über seine gute Laune, wenn sie altes Gerümpel für ihn aus den Ecken hervorjogen. Man lud ihn nicht mehr ein, in die Stube einzutreten — er war der Mann der Mörderin! Es gab weniger für ihn zu tun, aber er war auch darüber froh — desto mehr Zeit hatte er, zu Hause bei den Kindern zu sein.

Gleichzeitig mußte man mit weniger hauszuhalten suchen. Aber dank Stines Lichtigkeit ging es trotzdem; sie verstand es, so klein sie war, die Dinge zu strecken, so daß man keine Not litt.

Jetzt hätte Lars Peter gut Zeit zum Bauen gehabt, Holz und Steine lagen wie eine Anklage gegen ihn da.

„Wißt du nicht bald etwas daran arbeiten?“ fragte Stine hin und wieder. „Die Leute sagen, daß es daliegt und verdirbt.“

„Wo hast du das gehört?“ fragte Lars Peter bitter. „Ach — in der Schule!“

Also auch das wurde erörtert! So gut wie alles, was ihn betraf, wurde auf den Kopf gestellt und mehrmals durchgedroschen. Rein, er hatte keine Lust zu bauen. „Wir haben ja ein Dach überm Kopf,“ sagte er gleichgültig. „Wenn einem unsere Hütte nicht gefällt, so soll er uns eine andere geben.“ Aber die Sachen lagen weiter unordentlich da und klagten ihm an; er war nicht unzufrieden damit, daß sie mehr und mehr zuwuchsen.

Was konnte es wohl auch nützen, wenn er baute? Des Eiferneffest war und blieb das Eiferneffest, so sehr man auch daran herumputzte; durch Sörines Tat hatte es nicht an Ansehen gewonnen. Sie hatte sich Mühe gegeben, die Familie zu Stand und Würden emporzuheben — und hatte bloß erreicht, sie unter die Allergünstigsten hinabzustufen. Früher hatte doch wenigstens nur das Unglück bei ihnen gehaust und die anständigen Leute ferngehalten, jetzt war das Verbrechen hinzugekommen. Nach Einbruch der Dunkelheit fiel es niemandem ein, das Haus aufzusuchen, und auch bei Tage gab

man sich so wenig wie möglich mit der Schinderfamilie ab. Die Kinder überließ man sich selbst, sie waren und blieben die Nachkommenschaft einer Mörderin; im Munde der Leute waren sie gezeichnet.

Die Leute versuchten eine Erklärung für die Berachtung zu finden, die sie der Familie entgegenbrachten, versuchten, ihr Benehmen ihr gegenüber zu rechtfertigen, indem sie ihr schlechte Eigenschaften beilegte. Eine Zeitlang hieß es, die Familie im Eiferneffest sei eine Diebesfamilie. Aber das fiel von selbst fort, und da kam man auf den Gedanken, daß es da draußen spule. Die Alte wandere umher, hieß es, und suche nach ihrem Gelde; dieser und jener wollte sie des Nachts auf der Landstraße getroffen haben, auf dem Wege zum Eiferneffest.

In erster Linie hatten die Kinder unter alledem zu leiden. Ihnen schleuderten die anderen Kinder in der Schule ihre Berachtung erbarmungslos ins Gesicht; kamen sie dann weinend nach Hause, so bekam ja auch Lars Peter seinen Anteil von dem bösen Gerede. An ihn selbst wagte sich niemand mit dergleichen heran — man hätte es nur einmal versuchen sollen! Dem Schinder kribbelte es in den Fingern, wenn er an alle diese schädlichen Tiere dachte, die ihn und die Seinen nicht in Ruhe lassen konnten; er hatte nichts dagegen, einmal einen der Banditen auf frischer Tat zu erwischen. Mit kaltem Blut würde er ihm den Schädel zerpalten — machte daraus werden, was da wollte.

Christian ging jetzt auch in die Schule, in die Abteilung der Jüngsten. Jeden zweiten Tag war Unterricht, darum besuchte er die Schule nicht zusammen mit Stine, die zu der Klasse der Älteren gehörte. Es fiel ihm schwer, sich allein unter den Schulkindern zurechtzufinden, und er war des Morgens fast nicht aus dem Hause zu treiben. „Sie nennen mich immer das Eiferneffest,“ sagte er weinend.

„Dann gib du ihnen wieder Schimpfnamen,“ sagte Stine; fort mußte er.

Aber eines Tages ließ der Lehrer bestellen, der Junge versäume zu viel. Das wiederholte sich; Stine konnte es nicht begreifen. Sie nahm sich den Bruder ernstlich vor und bekam aus ihm heraus, daß er die Schule zu schwänzen pflegte. Anstatt zum Unterricht zu gehen, trieb er sich den ganzen Tag herum und kam erst nach Hause, wenn die Schulzeit vorbei war. Dem Vater sagte sie nichts davon, um ihn nicht ärgerlich zu machen.

(Fortf. folgt.)

Der Wiederaufbau der Handelsflotte.

- 31. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 32. Hdt. Krüger, Bismarckstr. 34. Referent Herr Kollmann: „Was lehren uns die Landtagswahlen?“
- 33. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 34. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 35. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 36. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 37. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 38. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 39. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 40. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 41. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 42. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 43. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 44. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 45. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 46. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 47. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 48. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 49. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 50. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 51. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 52. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 53. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 54. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 55. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 56. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 57. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 58. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 59. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 60. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 61. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 62. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 63. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 64. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 65. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 66. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 67. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 68. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 69. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 70. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 71. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 72. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 73. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 74. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 75. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 76. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 77. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 78. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 79. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 80. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 81. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 82. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 83. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 84. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 85. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 86. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 87. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 88. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 89. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 90. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 91. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 92. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 93. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 94. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 95. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 96. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 97. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 98. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 99. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
- 100. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.

Im Reichstag gab am Montag Präsident Ebbé die Namen der am 20. Februar in Ostpreußen und Schleswig-Holstein neu gewählten Reichstagsabgeordneten bekannt. Die Abg. Frau Lüders (Dem.), die nach dem Entschieden des Wahlprüfungsgerichts zugunsten des Abg. Trischmann (Dem.) ausscheidet, tritt auf Grund der am 20. Februar zur Reichswahlliste hinzugelassenen Stimmen wiederum ein.

Der Reederei-Abfindungsvertrag.

Nach dem Vertrag, der am 23. Februar 1921 mit der Reederei-Trenhand-Gesellschaft m. b. H. in Hamburg abgeschlossen wurde, zahlt das Reich der Reederei-Trenhand-Gesellschaft 4,7 Milliarden Mark als einmalige Abfindung für alle Rechte, Ansprüche und Anwartschaften der Eigentümer deutscher Handelschiffe und Schiffsbauten. Die Gesamtabfindung muß zum Bau und Kauf von Ersatzschiffen verwendet werden, mindestens 90 Proz. davon für Ersatzbauten auf deutschen Werften; ferner muß aus diesen Mitteln mindestens ein Drittel der Schiffserlöste innerhalb von zehn Jahren vom 10. Januar 1920 ab wiederaufgebaut werden. Wenn aus der Abfindung mehr als die Hälfte der Schiffserlöste wieder beschafft werden kann, so ist die Gesamtabfindung insoweit bis zur Höhe von zwei Milliarden zurückzuführen.

Staatssekretär Müller:

Der Vertrag will uns die Möglichkeit einer eigenen allerdings sehr bescheidenen kleinen Handelsflotte verschaffen, und indem wir durch produktive Erwerbslosgelände der Arbeitslosigkeit steuern. (Der Staatssekretär verbreitet sich über die Rechtsgrundlagen.)

Abg. Schumann (Soz.):

Wir brauchen wieder eine Handelsflotte, um bei unserer Einfuhr nicht ganz von der ausländischen Tonnage abhängig zu bleiben. Für unsere Werftarbeiter und Seeleute müssen wir wieder Arbeitsgelegenheit schaffen, damit wir für unsere Beteiligung am Weltmarkt einen Stamm vorgebildeter Arbeitskräfte behalten. Freilich könnte die Haltung der beteiligten Unternehmerviertel

uns beinahe bestimmen, das Abkommen zu verwerfen. Sie, die aus der Vergangenheit nichts gelernt haben, wollen immer noch den Standpunkt des Herrn im Hause hervorheben. Sie geben jetzt den Schiffen, die uns im Auslande vertrieben sollen, die Namen von Vertriebenen des imperialistischen Systems. Hindenburg und Tirpitz waren schon an der Reihe, Ludendorff und „Boche“ — Hugo Stinnes — sollen folgen. Ein solches Vorgehen betrügt das Ausland, auch das neutrale, nur in der Annahme, daß sich bei uns gegen früher nicht geändert hat. (Jurist rechts: Rein, Herrmann Müller!) Bezüglich der Einzelheiten, besonders der Höhe der Abfindungssumme behalten wir uns unsere Stellungnahme vor. Wir fordern die

Mitwirkung des Reichstages

bei der Ausführung des Vertrages und die Beteiligung der interessierten Arbeiterschaft auf paritätischer Grundlage.

Abg. Dr. Richter (Dnat.): Es würde im Zustand auch dem Anstoß erregen, wenn man die Schiffe „Kulturminister Adami Hofmann“ oder ähnlich nennen würde. (Jurist links: Oder von den Verkhoff! — Unruhe rechts.) Den Reedern muß weitgehende Freiheit für Verwendung ihrer Gelder und Bauort gewährt werden.

Abg. Klotzner (Zentr.): Wir stehen der Vorlage sympathisch gegenüber und wünschen im Ausschuss noch nähere Aufklärungen über Einzelheiten.

Abg. Voghter (U. Soz.): Der Verlust unserer Handelsflotte ist darauf zurückzuführen, daß wir die durch den norddeutschen U-Boot-Krieg vernichteten Handelsflotten feindlicher Staaten ersetzen mußten. Die Vorlage ist völlig im Einklang mit unter politischem Ausschluß der Öffentlichkeit vorbereitet worden. Auf die hohen Liquidationssummen gehen die Reederei auch noch

ist vollständige Steuerfreiheit.

Der fünfmilliarden-Trenhandfond zur Entschädigung der U-Boot-Beute bedeutet etwas den niedrigen Friedenswert der ausgelieferten Schiffe. Bei der

Dulden-Auspekkung in Stettin

handelte es sich zunächst nur um die belanglose Aufnahme eines Zweifelmeters. Am 20. Februar 1920 ist den Arbeitern zugesichert worden, daß die Einstellung von Booten nur nach existierendem Einverständnis mit den Betriebsräten erfolgen solle. Diese Vereinbarung hat die Direktion verletzt, und sie schritt zur Auspekkung von 6000 Arbeitern. Nachdem bei Verhandlungen in fünf Hauptpunkten eine Einigung erzielt worden war, benutzte die Direktion einen ganz nebenbeiartigen Punkt, um die Verhandlungen abbrechen. Schon während der Verhandlungen war von der Direktion ein Brief gedruckt worden, in dem die Schuld an dem Zerbrechen der Verhandlungen den Arbeitern zugeschrieben wurde. Daran schloß sich der Generalstreik, für den leider die Verhältnisse noch nicht reif waren. Die Kreise, um die es sich handelt, können ihren Anteil nicht besser spröden lassen, als daß sie ihre Handelschiffe mit dem Namen eines offensichtlichen Kriegsverbrechers benennen. (Wut-Aufe rechts.) Die Namen der Kriegsverbrecher auf den neuen Schiffen sind eine Transaktion des Auslandes. Dem Betriebsrat des Bremer Vulkan wurde auf seine Eingabe gegen derartige Schiffstufen bedeutet, daß Sinnes der Baubereit sei und diese Benennung wünsche; er würde sich sonst an eine Werk wenden, die seinen Wünschen entspricht. Die Proteste der Arbeiterschaft gegen solche Schiffstufen sind begründet. Es ist eine der Hauptbedingungen für die Umbauung des internationalen Handelsverkehrs, daß unsere Flotte nicht mit Namen zu belegen sind, an denen der Hohn von Millionen Kriegsgeldern hängt. (Wut-Aufe rechts. — Beifall bei den U. Soz. und Komm.)

Abg. Gildemeister (D. Vp.): Bei der Darstellung des Stapelaufbaues des Dampfers „Hindenburg“ hat Voghter verschwiegen, daß die Abstimmung unter den Angeestellten und Arbeitern zugunsten des Namens ausgefallen war. (Hört, hört! rechts.) Die ausgelieferte Flotte fällt unter das Unterwerfungsrecht. Die gewählte Entschädigung reicht nur dazu aus, ein Drittel der Handelsflotte wieder aufzubauen.

Abg. Reich (Komm.): Wir nehmen diese Liederchenpolitik ab. Es handelt sich nicht um den Wiederaufbau der Handelsflotte, sondern um einen Raubbau an der deutschen Volksgeldung. Der Herr Hiltensberg zeigt, daß die Rechtsgrundlagen, die zur Arbeitsgemeinschaft aufbauen, sich mit Sinnes und den Großkapitalisten an einen Tisch setzen, sie läßt den Verrat an der Arbeiterschaft.

Abg. Ebeling (Dem.): Voghters Darstellung ist falsch, der Betriebsrat hat das Recht, Vorschläge zur Erneuerung von Unternehmern zu machen. Die freigewerkschaftlichen Betriebsratsmitglieder reichen eine Liste ein und die übrigen schließen sich an. Zwei Untermeister von der freigewerkschaftlichen Liste, einer von dem anderen, wurde ernannt. Darüber brach unter der Arbeiterschaft eine Erregung aus, die von radikaler Seite

künstlich zum Generalstreik gesteigert

wurde. (Hört, hört!) Die freien Gewerkschaften haben dann auch eine Beteiligung am Streit abgelehnt.

Staatssekretär Müller:

Es wäre doch unaufrichtig, wenn von dem Herrn, der die Reichsregierung selbst zum Wiederaufbau der Flotte ab, wieder Steuerabzüge gemacht wurden. Unrichtig ist die Behauptung Reichs, daß für die Seeleute nichts gelte. 60 Millionen Mark stehen als Beihilfe zur Verfügung, und der Geschäftsausschuss zur Befreiung der Beihilfe für den Einzelnen hat seine Tätigkeit schon begonnen.

Abg. Dismann (U. Soz.): Im Ausschuss müssen Kautelen geschaffen werden, daß über das Notwendige hinaus nichts bewilligt wird. Keine Unternehmerrschaft ist so brutal und rücksichtslos wie die Reeder. Die Darstellung Ebelings ist falsch. Die Hiltensberg'schen Gewerkschaften haben keine Liste eingereicht. (Hört, hört! links.) Die Betriebsleitung hat aber das Abkommen durchbrochen. Dagegen richtete sich der Widerstand der Schiffsbauer. Daraufhin kam die Auspekkung, die mit dieser Frage gar nichts zu tun hatte, denn die Betriebsleitung forderte eine Verschlechterung der Lohnbedingungen und wollte nur diejenigen Arbeiter wieder einstellen, die während des Streiks niemand beschäftigt hätten. (Beifall links, hört! links.) Man wollte überhaupt keine Zugeständnisse machen. Wenn man uns hier vorwirft, daß wir mit unserer Debatte über Stettin

Die Situation in London

nicht berücksichtigt hätten, hätte man das den Herren Vertriebenen in Stettin und Hiltensberg folgen sollen. Und da drüben (zu einer Gruppe von Abgeordneten, die auf der-Rechten miteinander verhandeln) steht die neue Regierung mit Herrn Hiltensberg! (Unruhe rechts.)

Die Vorlage wird dem Hauptausschuss überwiesen. Einige Ergänzungen werden angenommen. — Die Haushaltsberatung wird fortgesetzt beim

Reichsschatzministerium.

Abg. Borch (Dnat.): Beim Abbau der Kriegswirtschaften sind einzelnen Personen Millionenvermögen zugeflossen worden. Die Direktoren der Deutschen Werke haben Herrn Kahn Maschinen verkauft zu einem Preise, der diesem 50 Millionen Mark Gewinn sicherte. Ähnlich unglücklich sind die Verträge mit der Deutschen Handels- und Landwirtschaftsgesellschaft sowie zwischen dem Brinot-america und einzelnen Händlern. Dabei haben auch Behörden Anteil an dem Handel getrieben. Der Herr Levin in Breslau hat man ein Monopol für die Bewertung der alten Heereskleiderbestände gegeben. Bei dem Verkauf von Heereskleiderbeständen sind auf unregelmäßige Weise große Gewinne erzielt worden. Gegen die Unregelmäßigkeiten bei den Deutschen Werken hätte scharfer eingegriffen werden müssen.

Abg. Cango-Hegermann (Z.): Die reichseigenen Betriebe müssen wieder zur Einnahmequelle werden. Das Reichsschatzministerium muß endlich die Kriegsgesellschaften liquidieren, auch die Reichsreuehandels-gesellschaft. Bei der Auflösung der Reichstextilaktiengesellschaft ist ganz unregelmäßig vorgegangen worden.

Abg. Goltz (Dem.): Daß in den Reichsbetrieben sehr viel gekloppt wird, bestreitet keiner. Man muß hier nicht Einzelfälle vorbringen, gegen die sich die Angeklagten nicht verteidigen können und über die auch der Minister des Reichs nicht bereit ist. Die Firma Levin ist aus allen Untersuchungen einwandfrei hervorgegangen. Der Vertrag mit Herrn Kahn war ein Experiment, das vielleicht deshalb scheiterte, weil kein Geschäft in der Öffentlichkeit in den Kot gezogen wird. Bruch sollte nicht allen Klatsch hierher bringen; so etwas gehört vorher mindestens in den Ausschuss.

Abg. Borch (Komm.): Die ganze Vorlage ist eine Komödie, denn die Gelder sind längst ausgegeben. Wie kann man denn jetzt noch Härte machen! Das Reichsschatzministerium ist überhaupt eine gänzlich überflüssige Einrichtung. Der Minister hat ja nicht einmal die Möglichkeit, in die dunklen Ecken seines Ministeriums hineinzuleuchten.

Reichsschatzminister v. Kaumer:

Die Abteilung für die besetzten Gebiete ist für die Bauten, die aus der Entente verlangt werden u. dgl., zuständig. Was den Kahn-Vertrag

betrifft, so kann ich nur erklären, daß alle diese Beamten, die man dauernd mit Dred bewachen hat, das volle Vertrauen verdienen. Für die Tätigkeit meines Ministeriums und für die Entwicklung der deutschen Werke erblicke ich darin ein schweres Hindernis, daß man bei jedem Vertragsschließenden nachzuweisen sucht, daß er Jude ist, oder zu Juden Beziehungen hat. (Der Reichsschatzminister verteidigt in den einzelnen Angelegenheiten, bei denen Angriffe vorgebracht worden sind, die Beamten seines Ministeriums.) Es muß doch eine Stelle bestehen, die die aufgelassenen Kriegsgesellschaften aufnimmt und das ist schließlich die Reichsreuehandels-gesellschaft. Sobald alle Kriegsgesellschaften verschwunden sind, wird auch diese abgebaut werden.

Der Präsident schlägt Vertagung vor.

Abg. Ledebour (U. Soz. zur Geschäftsordnung): Meine Partei verlangt sofortige Aufklärung von der Regierung über die Tatsachen, daß

Lloyd Georges Rede

vom 3. März unter der Überschrift „Wortlaut der Rede“ veröffentlicht worden ist, trotzdem aber darin der Teil der Rede Lloyd Georges fehlt, der den Vergleich der deutschen und englischen Steuern enthält, und wozu in England Brot und andere Lebensmittel teurer sind. Diese Veröffentlichung unter der Überschrift „Der Wortlaut“ ist eine unverantwortliche Fälschung. (Große Unruhe.) Wir verlangen von der Regierung, sofort den vollständigen Wortlaut bekanntzugeben und sich über ihr unverantwortliches Verhalten zu äußern. (Große Unruhe.)

Vizepräsident Dr. Bell: Ich erühe, in dieser ersten Stunde nicht solche Zwischenfälle hervorzurufen. (Beifall.)

Abg. Ebeling (D. Vp.): Jeder verständige Mensch muß sich doch fragen, daß es sich bei den fehlenden Sätzen einfach um ein Versehen des Setzers handelt.

Vizekanzler Dr. Heinze:

Meines Wissens hat der ganze Fallus in der Presse gefranken. Im übrigen weise ich den Vorwurf zurück, daß die Regierung entscheidende Stellen heimlich unterdrückt habe.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Ich kann nicht behaupten, daß die Regierung selbst die Fälschung veranlaßt hat, aber ihre Beauftragten haben es getan.

Vizekanzler Heinze: Der Abg. Ledebour hätte über die ihm dunkel und finstere erscheinende Angelegenheit Auskunft bekommen können, wenn er sich an die Regierung gewandt hätte. Da er das nicht getan hat, kann ich nicht annehmen, daß ihm an einer Aufklärung gelegen war.

Abg. Hantmann (Dem.): Wir wollen die Kritik nicht beschränken, aber in der ersten Stunde, in der wir uns befinden, können wir dem Abg. Ledebour nicht den Vorwurf ersparen, daß er sich zu leidenschaftlichen Angriffen gegen die Regierung hinreißen ließ, ohne die Sache näher geprüft zu haben. Er fällt der Regierung in dem Augenblick in den Rücken, wo das eine schwere Verletzung an dem Interesse des deutschen Vaterlandes bedeutet. (Beifall.)

Abg. Ledebour (U. Soz.): Mit meinen Ausführungen wollte ich der Volkserkenntnis dienen. (Jurist rechts: Aufhalten!) Unsere Pflicht ist es, die Reaktion bei jeder Gelegenheit zu bekämpfen.

Damit schließt die Geschäftsordnungsdebatte.

Dienstag 1 Uhr: Anfragen, Entlastung der Gerichte, Weiterberatung.

Briefkasten der Redaktion.

H. H. H. Bitte Sie sich auf von einem Urst unterziehen, es Sie mit Ihren Leiden Bekämpfung die schwere Krankheit selbst die Seelen werden vollbringen können. Ferner geben zum Stedde Galt für einen Zeitraum nicht mit Zustimmung zu werden, die sich für sich selbst. Sie müssen mit dem Verständnis der Sache sein. Unrichtig ist die Behauptung, daß die Regierung auf dem Lande und Wohnstätten mit Geldern in den Händen, welche in hunderttausend Reichsmark. Sie müssen sich Ihre Verhältnisse genau ansehen, die wir Ihnen einen Rat geben können. — H. H. H. Danken Sie

Jugendveranstaltungen.

- Haupt, den 6. März:
- Wiederholung: Trossheim, C. Müller, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 101. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 102. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 103. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 104. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 105. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 106. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 107. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 108. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 109. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 110. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 111. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 112. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 113. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 114. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 115. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 116. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 117. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 118. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 119. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 120. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 121. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 122. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 123. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 124. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 125. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 126. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 127. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 128. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 129. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 130. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 131. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 132. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 133. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 134. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 135. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 136. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 137. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 138. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 139. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 140. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 141. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 142. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 143. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 144. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 145. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 146. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 147. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 148. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 149. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 150. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 151. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 152. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 153. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 154. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 155. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 156. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 157. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 158. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 159. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 160. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 161. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 162. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 163. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 164. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 165. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 166. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 167. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 168. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 169. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 170. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 171. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 172. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 173. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 174. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 175. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 176. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 177. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 178. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 179. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 180. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 181. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 182. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 183. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 184. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 185. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 186. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 187. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 188. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 189. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 190. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 191. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 192. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 193. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 194. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 195. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 196. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 197. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 198. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 199. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.
 - 200. Hdt. Schulze, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgeldnehmer, Vol. 2. „Retroling-Gesell.“, Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.

1. März, abends 7 Uhr, in der Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.

2. März, abends 7 Uhr, in der Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.

3. März, abends 7 Uhr, in der Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.

4. März, abends 7 Uhr, in der Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.

5. März, abends 7 Uhr, in der Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.

6. März, abends 7 Uhr, in der Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.

7. März, abends 7 Uhr, in der Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.

8. März, abends 7 Uhr, in der Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.

9. März, abends 7 Uhr, in der Bismarckstr. 10. Referent Herr Kollmann: „Die politische Lage“.

Zur Regierungsbildung in Preußen.

Wie die „P. V. N.“ hören, hatten die drei alten Koalitions-parteien der preußischen Landesversammlung: Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum, am Montag vormittag ihre erste interfraktionelle Besprechung über die Frage der Kabinettsbildung. Die Aussprache war unverbindlich, da die Fraktionen noch nicht zusammengetreten sind. Es soll auf Grund dieser Aussprache den Fraktionen Bericht erstattet werden, von denen die Demokraten und Sozialdemokraten am Dienstag, das Zentrum am Mittwoch mittag tagen. Am Mittwoch abend dürfte dann die entscheidende interfraktionelle Beratung stattfinden. Gegenstand der Erörterung ist naturgemäß in erster Reihe die Frage, ob zur Regierungsbildung in Preußen die Deutsche Volkspartei herangezogen werden soll oder nicht.

Halle, 7. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Sonnabend und Sonntag tagte hier eine Bezirksauschussung der Sozialdemokratischen Partei für Halle-Verseburg, die sich vor allem mit der Staatsratsfrage und mit der Stellungnahme zur Regierungsbildung beschäftigte. Als Staatsrat wurde der frühere Abgeordnete der Preussischen Landesversammlung, Genosse Hermann Garbe, Bergarbeiter, vorgeschlagen und als dessen Stellvertreter Genosse Adolf Thiele, Landrat im Saalekreis. Zur Regierungsbildung wurde folgende Stellungnahme vom Bezirk eingenommen und nachstehende Resolution einstimmig angenommen: Es liegt im Interesse des gesamten deutschen Proletariats, daß die Sozialdemokratische Partei unter der alten Koalition in Preußen in die Regierung tritt. Es soll damit das erstrebte läckenlose Zusammenwirken einer deutschen Reaktion — Reichsregierung, Bayern, Preußen — verhindert werden. Scheitern diese Schritte an dem Verhalten der Demokraten, des Zentrums und vielleicht auch der Unabhängigen, so ist eine Koalition zwischen Sozialdemokraten und bürgerlichen Parteien mit Einfluß der Volkspartei unter allen Umständen zu vermeiden.

In der Bezirksauschussung ist von allen Vertretern der einzelnen Bezirke über einen erfreulichen Zuwachs der Partei Bericht erstattet worden.

Die Zusammensetzung der Provinziallandtage

Den B.P.N. geht folgendes vorläufige amtliche Ergebnis der Wahlen zu den preussischen Provinziallandtagen vom 22. Februar zu:

- 1. Provinz Ostpreußen:**
28 Deutschnationalen, 12 Deutsche Volkspartei, 8 Zentrum, 6 Demokraten, 20 Sozialdemokraten, 4 Unabhängige, 6 Kommunisten, 1 Pöls, zusammen 65 Abgeordnete.
- 2. Provinz Brandenburg:**
15 Bürgerliche Vereinigung, 16 Deutschnationalen, 11 Deutsche Volkspartei, 1 Zentrum, 6 Demokraten, 31 Sozialdemokraten, 8 Unabhängige, 3 Kommunisten, 1 Wirtschaftspartei, zusammen 92 Abgeordnete.
- 3. Provinz Pommern:**
31 Deutschnationalen, 10 Deutsche Volkspartei, 9 Demokraten, 21 Sozialdemokraten, 3 Unabhängige, 2 Kommunisten, 2 Wirtschaftspartei, zusammen 71 Abgeordnete.
- 4. Provinz Niederschlesien:**
24 Deutschnationalen, 10 Deutsche Volkspartei, 17 Zentrum, 8 Demokraten, 43 Sozialdemokraten, 1 Unabhängiger, 2 Kommunisten, 2 Wirtschaftspartei, zusammen 108 Abgeordnete.
- 5. Provinz Sachsen:**
11 Deutschnationalen, 10 Deutsche Volkspartei, 17 Nationaler Ordnungsbund, 8 Zentrum, 11 Demokraten, 2 Landbund, 25 Sozialdemokraten, 12 Unabhängige, 17 Kommunisten, zusammen 110 Abgeordnete.
- 6. Provinz Schleswig-Holstein:**
Amtliche Angaben fehlen noch; nach Zeitungsmeldungen sind abgegeben worden 290 000 sozialistische Stimmen, 295 000 nicht-sozialistische Stimmen.
- 7. Provinz Hannover:**
12 Deutschnationalen, 16 Deutsche Volkspartei, 24 Zentrum und Deutsch-Hannoverländer, 5 Demokraten, 13 Bürgerliche ohne Parteiangabe, 37 Sozialdemokraten, 3 Unabhängige, 4 Kommunisten, zusammen 109 Abgeordnete.
- 8. Provinz Westfalen:**
12 Deutschnationalen, 18 Deutsche Volkspartei, 50 Zentrum, 5 Demokraten, 31 Sozialdemokraten, 6 Unabhängige, 10 Kommunisten, 2 Polen, zusammen 134 Abgeordnete.
- 9. Rheinprovinz:**
14 Deutschnationalen, 1 Arbeitergemeinschaft (Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei und Demokraten), 73 Zentrum, 1 Christliche Volkspartei, 5 Demokraten, 25 Sozialdemokraten, 6 Unabhängige, 14 Kommunisten, zusammen 159 Abgeordnete.
- 10. Bezirksverband Kassel (Kommunaltag):**
2 Deutschnationalen, 2 Deutsche Volkspartei, 16 Bürgerliche Arbeitergemeinschaft, 7 Zentrum, 4 Demokraten, 18 Sozialdemokraten, 1 Unabhängiger, 2 Kommunisten, zusammen 62 Abgeordnete.
- 11. Bezirksverband Wiesbaden (Kommunaltag):**
7 Deutschnationalen, 11 Deutsche Volkspartei, 13 Zentrum, 6 Demokraten, 18 Sozialdemokraten, 3 Unabhängige, 2 Kommunisten, 1 Kassauer Landwirt, zusammen 61 Abgeordnete.
- 12. Provinz Hessen-Nassau (Provinzialtag und Kommunaltag Kassel und Kommunaltag Wiesbaden):**
9 Deutschnationalen, 13 Deutsche Volkspartei, 16 Bürgerliche Arbeitergemeinschaft, 20 Zentrum, 10 Demokraten, 36 Sozialdemokraten, 4 Unabhängige, 4 Kommunisten, 1 Kassauer Landwirt, zusammen 113 Abgeordnete.

Verfahren gegen die Kriegsbeschuldigten.

Bezüglich der Prozesse der Kriegsbeschuldigten wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß einzelne Fälle soweit sind, daß in wenigen Wochen die Hauptverhandlung stattfinden kann, in anderen schiebt die Voruntersuchung bzw. die Vorermittlung. Soweit englische und belgische Zeugen dazu bereit sind, werden sie nach Leipzig geladen, die anderen in England und Belgien vernommen. England läßt dabei Vertreter des deutschen Gerichts und des Beschuldigten zu, was in Belgien nach dem Gesetz unzulässig ist. Die französische Regierung hat bisher auf ein Ersuchen, eine Besprechung im gleichen Sinne abzuhalten, noch nicht geantwortet.

Ausweisungen aus dem besetzten Gebiet. Der Präsident der Reichsvermögensverwaltung für das besetzte rheinische Gebiet, Stoll, und Regierungsrat Müller, ferner der Geh. Sekretär Straßer und Regierungsbaurat Maurer vom Reichsvermögensamt Koblenz sind auf Befehl der internationalen Rheinlandkommission aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden.

Die Kronzeugen der Reaktion.

Neue Wendung im Sonnenfeld-Prozess.

Die gestrige Verhandlung des Sonnenfeld-Prozesses hat eine Anzahl interessanter Aufschlüsse gegeben. An sich würde diese Schieberfamilie ja wenig interessieren, wenn nicht immer wieder betont werden müßte, daß die Sonnenfelds die Urheber und Kronzeugen des mit so großem Geschrei ausgewachsenen „Korruptionsfeldzuges“ gegen die Sozialdemokratie sind. Sie sind die Inspiratoren der Davidsohn, Sochaczewski, Saumeister usw. und auf dem Umwege über diese der gesamten reaktionären Pressekampagne.

Der gestrige Tag der Verhandlung hat nun einwandfrei gezeigt, wie alles gekommen ist. Es begann mit einer ganz simplen Unterschlagung des Sonnenfeld jun., der eines Tages mit nahezu anderthalb Millionen nach Holland verfuhrte. Der Angeklagte v. Frankenberg sagte nun gestern in durchaus glaubhafter Weise aus, daß die Sonnenfelds sich gebrüht haben, sie brauchten das Geld nicht wieder herauszugeben. Würde man versuchen, ihnen etwas anzuhaken, so würden sie schauderhaft entführen. Scheidemann, Ebert, Noske usw. würden unrettbar kompromittiert werden, sie würden ins Zuchthaus wandern usw. usw., es würde

eine neue Revolution

ausbrechen, um diese Männer hinwegzuführen. Genauer gesprochen: eine Revolution zur Sicherung der Sonnenfeldischen Millionenunterschlagung.

Der Angeklagte v. Frankenberg betonte dann weiter, daß Georg Storz auf die Mitteilung dieser Drohungen nur gesagt habe, er brauche sich deswegen nicht zu beunruhigen, denn es gäbe kein Material, da nichts vorhanden sei. Es wurde dann auch, als Verhandlungen nicht zum Ziel führten, Strafanzeige erstattet.

Auch der am Montag vernommene Zeuge Heinrich Storz betonte, daß Sonnenfeld Vater ihm in einer Konferenz gedroht hat: „Sie können gegen uns doch nichts machen, sonst fliegt die ganze Regierung auf“. Man könnte nun meinen, daraus gehe hervor, daß die Sonnenfelds ihrer Sache sehr sicher waren. In diesem Punkte ergab aber die gestrige Verhandlung genau das Gegenteil. Nachdem der Angeklagte Ernst Sonnenfeld (Sohn) ihn der gelobten Schweigepflicht entbunden hatte, teilte der Zeuge Heinrich Storz folgendes über eine Unterredung mit Ernst Sonnenfeld in Holland mit:

„Ernst Sonnenfeld hat mir damals gesagt, daß an den ganzen Erzählungen von Ebert, Scheidemann und Noske kein Wort wahr ist.

und daß er das Geld unterschlagen habe. Der Zeuge betonte ferner: „Hermann Sonnenfeld hat an seinen Sohn am 3. Mai folgendes Telegramm nach Holland geschickt: „Georgs Bruder will mit mir nach Holland reisen, um große Ruhen zu erlangen. Weill Adresse ihm unbekannt, abwarten heutigen Eilbrief. Dringend rufe, wenn nicht andere Behauptungen gegen Georg und Helphand, dann damit schlechter Stand.“ Dieses Telegramm wird in dem Eilbrief näher erläutert. Es heißt darin: Deine hiesigen Dokumente sind nicht einsehend, um gegen die ganze Gesellschaft mit Erfolg vorzugehen. Die Sache steht also auf schwachen Füßen.“

Wenn Du nichts anderes beweisen kannst, ist es schlimm, denn mit Behauptungen allein ist nichts geschehen.“

Auf diesen Brief hin hat Ernst Sonnenfeld an seinen Bruder Hermann telegraphiert: „Schick den alten Mann ins Irrenhaus“.

Der Angeklagte Ernst Sonnenfeld erklärte hierzu, er persönlich habe das Vorgehen seines Vaters nie gebilligt und nicht daran gedacht, gegen Scheidemann vorzugehen. Er bestritt,

eine Unterschlagung gestanden zu haben. Die Enthüllungspäne seines Vaters habe er

immer für Unfug gehalten.

Er betonte sehr scharf, daß er seinen Vater für verrückt halte, durch das entsetzliche Verhalten seines Vaters sei die Jugend der Kinder vergiftet worden, die Familie habe unfähig unter keinen Lohjuchts- und Wutausfällen gelitten.

Von der angeklagten Frau Sonnenfeld seiner beruflichen Schweigepflicht entbunden, erklärte Rechtsanwalt Grünspach, daß zuerst Frau Sonnenfeld

Moment einer etwaigen Geisteskrankheit

des alten Sonnenfeld in den Vordergrund gerückt hat. Er selbst hielte Sonnenfeld auch nicht für geistig normal, er habe selbst mit angesehen, wie Sonnenfeld (Vater) aus einem ganz richtigen Anseh auf seinem, des Rechtsanwalts, Bureau seinen Sohn Herbert ohrfeigte.

Der Angeklagte Hermann Sonnenfeld (Vater) protestierte lebhaft dagegen, daß er geisteskrank gemacht würde. Von den Gerichtsärzten ein Bild von seinem Geisteszustand zu geben, hält er eine einseitige

Rede über seinen Lebenslauf.

Diese Rede gibt ein erschreckendes Bild von Größenwahn und Konfusion. Sonnenfeld selber erklärt sich für ein Genie auf verschiedenen Gebieten, er will alle möglichen epichalen Erfindungen gemacht haben. Er sei mit 22 Jahren Sozialdemokrat geworden, habe aber den „einseitigen Marxismus“ abgelehnt. Gleich darauf erzählt er, wie er in Budapest eine Bismarckfeier veranstaltet habe. Er fühle sich nicht als Deutscher, sondern als Preuße, da Preußen durch die Hohenzollern so große Höhe erreicht habe! Nur mit dem Hohenzollernspruch: „Mit Gott für König und Vaterland“, könne das deutsche Volk wieder aus dem Elend der Revolution hochkommen usw. usw.

Nach dieser Rede, die Hermann Sonnenfeld mit Zitate aus allen Sprachen und von ihm verfaßten Broschüren würzt, wurde die Verhandlung geschlossen.

Man hat nun ein einigermaßen anschauliches Bild, wie die Leute aussehen, die die Urheber und Kronzeugen des Korruptionsfeldzuges gegen die Sozialdemokratie sind.

Der neue Kessel-Prozess. Am 15. d. M. beginnt vor dem Schwurgericht in Raabitz unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weiger die Verhandlung gegen den Hauptmann a. D. v. Kessel wegen Meineids. Die Anklage wird vom Staatsanwalt Gerlach vertreten, die Verteidigung des Angeklagten hat Rechtsanwalt Dr. Alsborg übernommen. Das Verfahren wegen Meineids, das nunmehr seit über einem Jahre schwebt, ist ein Nachspiel aus dem Mariob-Prozess. In der Verhandlung, in der sich der frühere Oberleutnant Marob wegen Erschießung der 29 Matrosen in der französischen Strafe zu verantworten hatte, sagte Hauptmann von Kessel unter seinem Eid aus, ihm sei von der entlassenen Flucht Marobs nichts bekannt gewesen. Die jetzige Verhandlung soll nun Aufklärungen darüber bringen, ob dem Angeklagten tatsächlich von der Flucht Marobs, die dem Adjutanten Kessels, Oberleutnant Hoffmann, bekannt war und der auch durch einen Freund, Leutnant v. Grolmann, Marob zur Flucht behogen hatte, etwas Sicheres zu der Zeit bekannt war, als er vor Kriegsgerichtscat Meyer seine eiblichen Aussagen machte. — Die Verhandlung, zu der etwa 30 Zeugen geladen sind, dürfte etwa drei bis vier Tage in Anspruch nehmen.

Vertagt!

Aus Breslau meldet M.: Der Kusol-Prozess ist bis auf weiteres vertagt worden. Die (gestrigen?) Red. d. B. Zeugenaussagen haben wenig Interesse.

Die Nachricht muß auf das alleräußerste befremden. Die näheren Gründe der Vertagung sind bisher noch nicht gemeldet. Über der plötzliche Abbruch des Prozesses zeigt eine merkwürdige Parallellität mit dem Verfahren gegen Leutnant Hillar, das auch plötzlich vertagt wurde, nachdem, wie im Kusol-Prozess, die Zeugenaussagen einen Abgrund von Verfalltheit enthüllt hatten. Das „Vertrauen“ zu der heutigen Rechtspflege muß durch solche Vorfälle ins Ungemessene wachsen!

Militärischer Schwindel.

Die Nachricht aus dem Reichswehrministerium über die blutigen Zusammenstöße in Swinemünde, die wir in unserer Montagnachmittagsausgabe wiedergaben, erweist sich wieder einmal als ein Produkt jenes militärischen „Wahrheitsgeistes“, von dem wir seit 1914 zahlreiche Proben erlebt haben.

Das Reichswehrministerium stellt den Zusammenstoß als eine Reiberei zwischen Marineangehörigen und Zivilpersonen hin. Dagegen melden der — in dieser Sache doch sicher unverdächtige — „Anfangszeitung“ und das „Berliner Tageblatt“, daß es sich um einen Zusammenstoß zwischen Reichswehr und Marine gehandelt hat, bei dem die Reichswehr durch Zivilisten nur verstärkt war. Zwischen den Marineoffizieren und den Angehörigen der Küstenwehrrückstellung hat es nach der Meldung der genannten Blätter schon seit längerer Zeit Reibereien gegeben, die mehrfach zu schweren Schlägereien geführt haben. Am Sonntag kam es nun zu schweren Zusammenstößen zwischen Angehörigen der Küstenabteilung und Zivilisten einerseits und Marineoffizieren andererseits.

Die Beteiligung der Küstenwehrrückstellung ist also vom Reichswehrministerium in seiner Meldung glatt unterschlagen worden.

Sie habens gewagt!

Auf einem Bezirksverbandstag Berlin-Brandenburg der „Vereinigten“ kommunistischen Partei brandete die zwischen Paul Besl und Ruth Fischer begonnene Diskussion über die prinzipielle Haltung der B.P.N. fort. Es zeigte sich auch hier wieder große Widersprüche innerhalb der Partei. Schließlich muß den Herrschaften aber angst und bange geworden sein, ob ihre ganze Diskussion sich mit dem Moskauer Disziplinngedot überhaupt vereinbaren ließ, denn sie nahmen am Schluß eine Resolution an, die im wesentlichen nur feststellt, daß man das Recht zur Diskussion gehabt habe, weil dadurch keine Aktion gestört oder geschädigt worden sei. Wie Aktion vor diesem prinzipiellen Bekenntnis. Schließlich vermeidet die Diskussion jede Stellungnahme.

Die städtischen Arbeiterparteien der Stadt Jassenstein haben im Hinblick auf die in der vorletzten Nacht erfolgten Anschläge gegen Gebäude der Stadt, insbesondere gegen das Rathaus, einstimmig eine Entschuldigungsaktion in der die Einwohnerchaft erlucht wird, die Behörden bei den getroffenen Sicherheitsmaßnahmen zu unterstützen.

Letzte Worte in Oberschlesien!

Kattowitz, 7. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In kurzen und eindringlichen Ausrufen an die Oberschlesier und an die Abstimungsteilnehmer aus dem Reiche mahnen die deutschen Parteien, die freien und christlichen Gewerkschaften und das deutsche Weltvolkskomitee nochmals die entscheidende Bedeutung der Volksabstimmung klar und mahnen zur strengsten Befolgung der Anordnungen der Abstimungsbekörden, zur Mäßigung aller Provokationen und zur unbedingten Wahrung der Ruhe und Ordnung.

Ein Aufruf der Sozialdemokratischen Partei betont, daß die organisierte Arbeiterschaft alle nationalen Bestrebungen weit von sich weißt. Dem Imperialismus in jeder Form gilt ihr Kampf. Was in jahrzehntelangen Ringen mühenoll erkämpft wurde, ist bedroht, wenn Oberschlesien sein Schicksal mit dem Polen verbindet, wo der neue Militarismus die schwachen Kräfte einer modernen Arbeiterbewegung mit Ausnahmegeißel, Stiel und Kugel brutal zu zerstören sucht. Das Interesse des Weltproletariats erfordert die restlose Erfüllung aller Weltrechtsquellen und ihre Ausschließung. Die Verwirklichung mit Polen wäre gegen die Interessen der Arbeiterklasse. Der Aufruf schließt: Wertvolles Volk Oberschlesiens, wenn du nicht gegen die Interessen deiner Klassenossen handeln willst, dann stimme am Tage der Entscheidung für die deutsche Republik!

Achtung, Oberschlesier!

Die oberschlesische Grenze ist von Mittwoch, den 8. März, morgens 8 Uhr, an gesperrt. Die Schiffe erhalten weiter das Visum. Ebenso gelten die Ausweise für Eisenbahner. Bei Todesfällen und schweren Erkrankungen in der Familie ist der Chef des Interkontinental Postbureaus in Oppeln ermächtigt, die Einreiseerlaubnis zu erteilen. Es empfiehlt sich, die Einreiseerlaubnis telegraphisch zu beantragen. Das Visum wird von dem für den Wohnort des Besuchstellers zuständigen französischen Konsulat erteilt.

Wahlsiege der Arbeiterpartei.

London, 6. März. (Holländisch Neunsbureau.) Bei der Wahl in Kirkcaldy in Schottland wurde der Kandidat der Arbeiterpartei, Kennedy, mit 11 674 Stimmen gewählt. Der Koalitionsliberale Lockhart erhielt 10 899 Stimmen. Es ist dies die zweite Niederlage der Regierung innerhalb drei Tagen. Insgesamt hat die Regierungskoalition jetzt in den letzten Monaten 13 Sitze verloren.

Der „Daily Herald“ hat festgestellt, daß mit Unterstützung britischer Behörden gefälschte Nummern der Moskauer Zentral-„Pravda“ hergestellt und verbreitet worden sind. Die Regierung desabouffert natürlich diese Behörden.

Unsere Kohle weiterverkauft!

Berlin, 7. März. („Älteste Zeitung“) Vom belgischen Kohlenausbelegungsamt wird die deutsche Entschuldigungsstelle, die Deutschland unter äußerster Bekämpfung seiner eigenen Kohlenverknäufung an Belgien liefert, offen in großen Mengen an Holland verkauft. Holland hat schon 40 000 bis 45 000 Tonnen gekauft, und mehrere Verkäufe stehen vor dem Abschluß. Mit dem Verknäuf der deutschen Kohlenhandel erheblich unterboten, so daß ein Abfluß deutscher Kohle im Ausland, damit aber auch die Bekämpfung von Zahlungsmitteln für deutsche Lebensmittelprodukte fast unmöglich wird.

Gewerkschaftsbewegung

14. Verbandstag der Döfcher.

5. Verhandlungstag.

Frankfurt a. M., 4. März 1921.

Am 5. Verhandlungstage wurde über die Schaffung eines Beirates verhandelt. Der Verbandstag beschloß einstimmig dementsprechend. Der Beirat soll wichtige Verbandsangelegenheiten vorbereiten; er besteht aus 7 Mitgliedern, die noch im Arbeitsverhältnis stehen und die von den einzelnen Bezirken gewählt werden sollen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erstattete die Besondere-Kommission Bericht über die Sache Winkelmann, die bereits beim Geschäftsbericht eingehend besprochen worden ist. Die Kommission, die unparteiisch zusammengesetzt war und die seit Tagen den Fall eingehend prüfte, faßte einstimmig folgenden Beschluß: „Sämtliche parteipolitische Momente haben für uns als Gewerkschaft auszuschalten. Nach eingehender Durchsicht sämtlichen vorliegenden Materials sowie Vernehmung von Zeugen beider Teile kam die Kommission einstimmig zu folgendem Ergebnis: Eine grobe Schädigung von Verbandsinteressen, die einen Ausschluß oder auch nur Entfernung vom Posten als Hauptvorsitzender als gerechtfertigt erscheinen ließe, ist nicht nachgewiesen. Eine fehlerhafte Schädigung des Verbandes liegt vor, jedoch trägt Winkelmann nicht allein, sondern der gesamte Hauptvorstand sowie der Ausschuss mit die Schuld. Ferner wird durchaus nicht perkannt, daß die damaligen politischen Verhältnisse mit dazu beigetragen haben.“

In diesen Bericht schloß sich nochmals eine längere Auseinandersetzung. Winkelmann, der seit 24 Jahren dem Döfcherverbande als Vorsitzender vorsteht, erklärte unter lebhafter Zustimmung, daß er während seiner Verbandstätigkeit immer nur die Interessen des Verbandes wie die der gesamten Arbeiterbewegung vertreten und seine ganze Kraft unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen dafür eingesetzt habe. Bei der Abstimmung stimmte der Verbandstag mit 34 Stimmen bei einer größeren Zahl Enthaltungen dem Beschluß der Kommission zu. Weiter wurde sodann, gegen eine starke Minderheit, eine Resolution angenommen, die dem Verbandsvorsitzenden das volle Vertrauen des Verbandstages ausspricht. Weiter wurde beschlossen, daß nunmehr jede Pressespekulation gegen Winkelmann unterbleiben muß.

In einer Abend Sitzung wird der Bericht der Statutenberatungskommission entgegengenommen und in eine Spezialberatung über das Statut eingetreten.

6. Verhandlungstag.

Auf Vorschlag der Statutenberatungskommission wurden drei Beitragsklassen (bisher 2) eingeführt und der Beitrag in der 1. Klasse auf 4,20 M., in der 2. Klasse auf 3,20 M. und in der 3. Klasse auf 2,10 M. festgesetzt. Die Streikunterstützung wurde bis zu 138 M. wöchentlich, die übrigen Unterstützungen um 60 Proz. erhöht. Die neuen Beiträge treten am 1. April, die erhöhten Unterstützungen am 1. Juni d. J. in Kraft. Im Statut wird ferner die Bestimmung aufgenommen, daß kein Delegierter mit gebundenem Mandat auf die Verbandstage kommen darf.

Der Ausschuss wird von Hannover nach Hamburg verlegt. Ferner wurde prinzipiell beschlossen, daß der Sitz des Verbandes von Bremen verlegt wird. Verbandsvorstand, Ausschuss und Beirat sollen den Ort bestimmen.

Bei der Wahl des Vorstandes wurde in namentlicher Abstimmung Winkelmann mit 38 von 63 abgegebenen Stimmen zum 1. Verbandsvorsitzenden wiedergewählt. Die Wahl der übrigen beauftragten Vorstandsmitglieder erfolgte per Akklamation. Von mehreren Rednern der Opposition wurde unter lebhafter Zustimmung des Verbandstages erklärt, daß sie nach dieser Entscheidung draußen im Lande energisch für die Organisation tätig sein und auch die Arbeiten des Verbandsvorsitzenden Winkelmann unterstützen wollen.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

Konferenz der sächsischen Gewerkschaftskartelle.

Im Volkshaus zu Chemnitz tagte Sonntag die Konferenz der sächsischen Gewerkschaften.

Die Konferenz beschloß zunächst die Anstellung eines Landesekretärs.

Schenker Chemnitz hielt einen außerordentlich instruktiven Vortrag über die Arbeiterverhältnisse, über deren notwendigen Ausbau und schärferte anschaulich den Kampf des Unternehmertums gegen die Arbeiterkraft. Der Referent legte der Versammlung zwei Entschlüsse vor, die gegen die Verschlechterung des Arbeiterrechts und Arbeiterschutzes, insbesondere gegen alle Bestrebungen, den Achtstundentag abzubauen, protestieren und für die oberen Verwaltungsbehörden, denen die Ausführung und Überwachung des Arbeiterrechts und der Arbeiterschutzes obliegen, eine

Befehung mit solchen Beamten fordern, die hinreichende Gewähr für die Ausführung und Auslegung dieser Bestimmungen in sozialem Geiste, wie sie dem Reichtsempfinden der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung entspricht, bieten.

Beide Entschlüsse wurden nach kurzer Aussprache einstimmig angenommen.

Ueber das Thema „Die Einheit in den Gewerkschaften“ sprach alsdann Tempel, Dresden. Er schilderte in großen Umrissen die Entstehung und die Kämpfe der Gewerkschaften und behandelte hierauf eingehend das Moskauer Diktat und seine Tendenz, die einheitliche Gewerkschaftsbewegung der kommunistischen Partei untertan zu machen. Er betonte, alle Spaltungsbestrebungen seien scharf zu bekämpfen und legte eine Resolution vor, die die Moskauer Taktik ablehnte, und in der es heißt:

„In richtiger Erkenntnis dieser Methoden und der durch sie bedingten Isolierungsmomente lehnt die Konferenz diese Tätigkeit als in höchstem Maße organisations- und arbeiterfeindlich ab. Sie begrüßt die entschiedene Stellungnahme und das Vorgehen des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie einzelner Verbände und fordert alle Gewerkschaftsinstanzen auf, der kommunistischen Tätigkeit in der entschiedensten Weise entgegenzutreten. Die Gewerkschaftsbewegung darf nicht zum Tumultplatz politischer Parteien und Anschauungen werden.“

Wer die in demokratischer Weise gefaßten Beschlüsse konsequent mißachtet, Methoden und Taktik nach von Außen eingehenden anbefohlener Art einzuführen verucht und so die Gewerkschaften in ihren Aufgaben in der schwersten Weise hindert, stellt sich damit selbst außerhalb derselben.

Die Gegenwart stellt große Aufgaben an die Gewerkschaftsbewegung. Immer mächtiger wird der Ansturm des Unternehmertums. Nur eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung wird die ihr gestellten Aufgaben zu lösen vermögen.

Gegen die Kommunisten wurde diese Resolution einstimmig angenommen. Eine kommunistische Resolution, die das Vorgehen der Gewerkschaften gegen die Anhänger der 3. Internationale verurteilt und zum Ausdruck bringt, daß die Kommunisten die Gewerkschaften zu Organen des Klassenkampfes ausbauen wollen, wurde gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Generalfreist-Ende in Stettin.

Als die Stettiner Betriebsrats- und Gewerkschaftsfunktionäre Sonntag zur Abstimmung über den Generalfreist versammelt waren, drangen die Teilnehmer einer Minderheit im Garten des Lokals abgehaltenen, von kommunistischer Seite einberufenen Versammlung in den Saal ein; es entstand eine allgemeine Schlägerei. Nachdem die Sicherheitspolizei die Ordnung wiederhergestellt hatte, konnte die Abstimmung durchgeführt werden. Sie ergab eine überwiegende Mehrheit für den Abbruch des Generalfreists.

Ende des Streiks in der Herrenkonfektion.

Die streikenden Arbeiter in der Herrenkonfektion tagten am Montag in der königstädtischen Brauerei, um einen Bericht über die Ergebnisse der Verhandlungen entgegenzunehmen, die im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben. Der Bericht wurde von Fischer erstattet, der in seinen Ausführungen hervorhob, daß der Streik nicht um höhere Löhne, sondern um eine andere Berechnung des Arbeitsverdienstes geführt worden sei. Es soll statt des bisherigen Stücklohns Zeitlohn eingeführt werden. Die Verhandlungen hätten auch nach dieser Richtung einen Erfolg für die Kollegenchaft gezeitigt. Beschlüsse sei folgendes:

1. Sofortige Verhandlung zur Schaffung eines Reichstarifvertrags, möglichst Bestätigung der Fertigtarifverträge.
2. Für die bis zur Fertigstellung des Tarifs laufende Karenzzeit einen Zuschlag von 5 Proz. für sämtliche Zeitlohnarbeit. Für die Stettiner Zuschläge (die vor kurzem eine Lohnerhöhung erhalten haben) 3 Proz. Stücklohnarbeit zu den bisherigen Zuschlägen auf die Endlohnsumme weitere 5 Proz. Alle ab 9. März in Arbeit gehende Ware wird nach den neuen Berliner Tarifen entlohnt.

3. Die Parteien sind sich für die künftigen Reichstarifverhandlungen darüber einig, daß der Aufbau des Stücklohntarifs auf Grundlage der noch zu vereinbarenden Zeitberechnungen zu erfolgen hat.

4. Heimarbeitern soll im Reichstarifvertrag unter Berücksichtigung ihrer besonderen Umstände ein angemessener Zuschlag zu den Stücklohnern gewährt werden.

5. Punkte, über die eine Einigung nicht erzielt werden kann, soll ein Schiedsgericht entscheiden, in dem je drei Arbeiter und Arbeitgeber unter einem noch zu ernennenden unparteiischen Vorsitzenden vertreten sind.

6. Maßregelungen und Entlassungen aus Anlaß des Streiks finden grundsätzlich nicht statt. Geschehenes ist rückgängig zu machen. Die Aufnahme der Arbeit soll am Mittwoch, den 9. März, erfolgen.

Der Bericht wurde lange und lebhaft diskutiert. Es wurde für und gegen Fortsetzung des Streiks gesprochen. Schließlich wurde zur Abstimmung mittels Stimmzettel geschrieben, die eine Dreiviertelmehrheit für die Beendigung des Streiks ergab.

Das Zentralgewerbe- und Kaufmannsgericht

befähigte noch einer Pressenotiz eine Sitzung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte der Bezirke Berlins im Charlottenburger Rathaus. Die Versammelten sollen gegen die Errichtung eines Zentralgewerbe- und Kaufmannsgerichtes Stellung genommen haben. Die Vorortkaufmannsgerichte insbesondere haben in bezug auf die Erleichterung der schwebenden Klagen eine Handhabung der Geschäfte geübt, die erheblich zum Nachteile der klagenden Angeklagten ausgeschlagen ist. Die Zahl der Klagen ist im Verhältnis zu den im Berliner Gericht verhandelten außerordentlich gering. Diese Tatsache zeigt schon, daß die Notwendigkeit besonderer Gerichte für die einzelnen Bezirke nicht besteht.

Wir möchten aber auch bezweifeln, daß sämtliche Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter eine derartige Stellung einnehmen haben, weil wir wissen, daß nur noch ein sehr kleiner Teil der Berliner überhaupf funktioniert und infolgedessen diese Ausdehnung der Bedeutung entbehrt, die ihr durch die Aufmachung der Netz gegeben werden soll. Wenn sich für einzelne Bezirke der neuen Stadtgemeinde Berlin die Notwendigkeit der Errichtung einer besonderen Kammer für den entsprechenden Bezirk ergeben sollte, dann wird dies Bedürfnis auch im Rahmen des zentralen Gewerbe- und Kaufmannsgerichtes befriedigt werden können. Wenn außerdem beschlossen wurde, bei dem zuständigen Reichsminister vorstellig zu werden, die bestehenden Kaufmanns- und Gewerbegerichte bis zur Errichtung der Arbeitsgerichte bestehen zu lassen, so muß dagegen mit aller Entschiedenheit protestiert werden, weil die heutzutage Zusammenfassung der Kaufmanns- und Gewerbegerichte nicht mehr dem Geiste der Zeit entspricht, und weil durch die eigenartige Handhabung der Geschäfte bestimmte Kreise von Weisthurn von der Mitwirkung, besonders beim Kaufmannsgericht, ausgeschlossen werden.

Wer sehen in dem Antrag lediglich den Versuch, eine vernünftige Arbeitsleistung und Befehung der Kaufmannsgerichte zu verhindern und müssen aus diesem Grunde unbedingt darauf bestehen, daß entsprechend der gesetzlichen Vorschrift die Stadtgemeinde Groß-Berlin nunmehr endlich daran geht, das dem Einheitsgedanken entsprechende Zentralgewerbe- und Kaufmannsgericht für Berlin einzurichten und die Wahl schnellst möglich auszuführen. Zentralverband der Angestellten.

Bei den Kaufmannsgerichtswahlen in Rowaves am Sonntag wurden insgesamt 168 Stimmen abgegeben. Davon erhielten: Liste 1 (Zentralverband der Angestellten) 78 Stimmen und drei Beifüher, Liste 2 (G.M.V.) 43 Stimmen und einen Beifüher, Liste 3 (G.M.V.) 47 Stimmen und zwei Beifüher. Der Ausfall der Wahl bedeutet einen Sieg der freigewerkschaftlichen Liste.

Das Ueberbittlenabkommen im niederösterreichischen Grubenrevier haben die Arbeitnehmerorganisationen gelündigt. Begründet wird die Kündigung damit, daß die Bergleute auf diese Weise gegen die Behandlung der Sozialisierungsfrage durch die Regierung protestieren wollen.

Der Hafenarbeiterstreik in Hamburg ist auf Grund nochmaliger Urabstimmung am Sonntag (1762:4266) beendet worden. Am Montag erfolgte die Wiederaufnahme der Arbeit.

Abteilung Betriebsräte! Gruppe VIII, Gärtnerei und Landwirtschaft, Freitag, 7 Uhr, Gruppenversammlung im Gewerkschaftshaus, Betriebsrätezentrale, 2. Hof 1 Tr. rechts. Der Gruppenrat

Zentralverband der Schlichter, Donnerstag 7 Uhr, Versammlung der Betriebsräte bei 240er, Große Frankfurter Str. 11. Freitag 6 Uhr, gemeinsame Betriebsversammlung der Schlichter, Arbeiterliche Wahlbehörde und Beschäftigtenrat (Sitzung im Spol 1 des Gewerkschaftshaus).

Zentralverband der Angestellten, Jugendabteilung, Samstag 7 Uhr im Betriebsrat, Belle-Alliance-Str. 110, Mitgliederversammlung. Bericht für den Grundliche der Sozialisation des Beschäftigten.

Organ für den reifsten Teil: Dr. Berner Keller, Charlottenburg; für Angestellten: Dr. Gode, Berlin; Verlag: Buchverlag-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Buchverlag-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Buchverlag-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Buchverlag-Verlag G. m. b. H., Berlin.

SCHERING'S MALZEXTRAKT

auch mit Offen-Rait als Kraftnahrungsmittel für Metallesektionen und Interrenährere ist wieder lieferbar

Schering's Grüne Apotheke, Berlin N 4, Chausseestraße 24

Billige Wirtschaftsartikel

Wirtschaftsartikel

- Wandkaffeemühlen 38⁵⁰
- Reibmaschinen 15⁵⁰
- Tellerwagen 27⁵⁰ 31⁵⁰
- Bolzeneisen 45⁵⁰
- Elektr. Platten 90⁵⁰
- Waffeleisen 48⁵⁰

für die Waschküche

- Plätkbretter 57⁵⁰ 62⁵⁰ 67⁵⁰
- Aermelbretter bezogen 11⁵⁰
- Wäscheleinen 9⁵⁰ 53 m 11⁵⁰
- Waschbretter 6⁷⁵
- Waschwann. 85⁵⁰ 127⁵⁰
- Waschzober 98⁵⁰ 130⁵⁰

Gasplatten bestehend aus 2 Eiern, 1 Erhitzer... 55⁰⁰

Alumin.-Kasserollen Satz (3 Stück), 16 bis 20 cm... 55⁰⁰

Abwaschwannen Zink, rund, ca. 35 cm... 11⁷⁵

Inoxydiertes gusseisernes Geschirr

sehr praktisch, da rostfrei und Abspülen unmöglich

Stahl u. Nickel

- Eiermenagen 16⁵⁰ 17⁷⁵
- Eierbeder 4⁰⁰
- Eierschneider 11⁵⁰
- Essbestecke 9⁷⁵
- Essbestecke 18⁵⁰
- Schieren zum Aussehen 2⁷⁵ bis 4⁵⁰

Bürstenwaren

- Rosshaarbesen 14⁷⁵ 16⁵⁰
- Rosshaarhandfeger 9⁵⁰ 11⁷⁵
- Staubwedel 4⁵⁰ 5⁵⁰ 6⁵⁰
- Schrubber 3⁷⁵ 4⁵⁰
- Handwaschbürsten 75 Pl.
- Teppichkehrmaschin. 147⁵⁰

Aluminium

- Wasserkessel 42⁵⁰ ca. 55⁰⁰ ca. 65⁵⁰
- Schmorlöpfe 20⁵⁰ 19⁵⁰ 20⁵⁰ 20⁵⁰ 22⁵⁰ 34⁵⁰
- Kasserollen 9⁵⁰ 16⁵⁰ 17⁵⁰ 18⁵⁰ 21⁵⁰ 20⁵⁰ 28⁵⁰
- Maschinenlöpfe 14⁵⁰
- Esslöffel 95 Pl.
- Kaffeelöffel 45 Pl.

Schmorlöpfe

- ohne Ring, 24 cm... 12⁵⁰
- Kasserollen 22 cm... 8⁷⁵
- Maschinenlöpfe mit Ausguss... 3⁵⁰ 4²⁰
- Kochlöpfe mit Ring... 7⁰⁰ 8⁰⁰ 12⁷⁵
- Bratpfannen... 4⁵⁰ 5⁰⁰ 6⁵⁰
- Brühsiebe... 4⁵⁰ 5⁰⁰

Emaille

- Toilette-Eimer mit Deckel... 24⁵⁰
- Wasser-Eimer ca. 20 cm... 16⁵⁰ 19⁵⁰
- Wannen rund, ca. 55 cm... 38⁵⁰
- Wannen oval, ca. 55 cm... 35⁵⁰
- Waschgarnituren weiß, 1teilig... 35⁵⁰
- Waschgarnituren dekoriert, 1teilig... 110⁰⁰

Beleuchtung

- Kronen für Speisezimmer, nicht mit Seidenchirm... 750⁰⁰ 850⁰⁰
- Kronen für Herrensalammer... 975⁰⁰ 1500⁰⁰
- Schalen für Schlafzimmer... 200⁰⁰ 275⁰⁰
- Nachtlischlampen mit Seidenchirm... 90⁰⁰
- Kronen für Speisezimmer, Seidenchirm... 950⁰⁰ 1200⁰⁰
- Kronen für Herrensalammer, komplett für Gem... 365⁰⁰ 500⁰⁰

2 Waggons

Emaille-Geschirre

braun, gute schiere Ausführung, zum Teil mit kleinen Fehlern

Kochlöpfe, Mildlöpfe, Kasserollen, Wasserkessel, besonders preiswert

Besonders günstiges Angebot in Alpaka-Bestecken

Esslöffel 9⁷⁵ | Essmesser 14⁷⁵

Essgabeln 9⁷⁵ | Dessertmesser 13⁷⁵

Kaffeelöffel 5⁷⁵ | Mokkalöffel 4⁵⁰

Besondere Gelegenheit!

Obstmesser, Konfektgabeln, Tortenheber, Spargelheber, Butter- u. Käsebestecke usw.

zu äußerst billigen Preisen

Aluminium-Schmorlöpfe mit Deckel

Satz von 5 Stück, 16 bis 24 cm, bordiert... Satz 145⁰⁰ überdies 165⁰⁰

Leipziger Strasse Alexanderplatz III. Stock Sehenswerte Ausstellung in Oster-Spielwaren

HERMANN TIETZ

Allein-Verkauf für Zirkus Sarrasani
Leipziger Strasse Alexanderplatz Frankfurter Allee